

# KDFB – INFORMATIONEN 4/2008



## Nachrichten

2 Gender/Gleichstellung

3 Familie & Partnerschaft

4 Kinder & Jugendliche

4 Sozialpolitik

5 Ehrenamt

7 Integration

10 Globalisierung

12 Nachhaltige Entwicklung

15 Gewalt gegen Frauen

19 Pflege

19 Sterben & Tod

20 Medien

20 Interreligiöser Dialog

## I M P R E S S U M

Herausgeber:  
Katholischer Deutscher Frauenbund  
- Bundesgeschäftsstelle -  
Kaesenstraße 18 - 50677 Köln  
Telefon: (0221) 86092-0  
Fax: (0221) 86092-79  
Email: [bundesverband@frauenbund.de](mailto:bundesverband@frauenbund.de)  
Internet: [www.frauenbund.de](http://www.frauenbund.de)

Redaktion:  
Gabriele Klöckner  
[gabriele.kloeckner@t-online.de](mailto:gabriele.kloeckner@t-online.de)

### Gender / Gleichstellung

#### Weltbevölkerungsbericht kritisiert Diskriminierung von Frauen

Berlin (KNA) Der UN-Weltbevölkerungsbericht 2008 beklagt eine anhaltende Diskriminierung von Frauen in Entwicklungsländern. So kritisiert der in Berlin veröffentlichte Bericht einen schlechteren Zugang zur Bildung und Genitalverstümmelungen. Entgegen internationaler Abkommen würden jährlich rund drei Millionen Mädchen beschnitten, heißt es in dem Papier der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung (DSW) und des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA). Insgesamt seien weltweit bis zu 140 Millionen Mädchen und Frauen von Genitalverstümmelung betroffen.

Der UNFPA plädierte für mehr „kultursensible Ansätze“ in der Entwicklungspolitik. Wichtig sei dabei die Zusammenarbeit mit lokalen, einflussreichen Meinungsbildern wie Stammesführern oder Klerikern. Die Diskriminierung von Frauen sei in vielen Kulturen tief verwurzelt und hemme nachhaltig die Entwicklung. Etwa 60 Prozent der ärmsten Milliarde der Weltbevölkerung sind laut Bericht Frauen und Mädchen. Von den 960 Millionen erwachsenen Analphabeten seien zwei Drittel Frauen. 70 Prozent der 130 Millionen Kinder ohne Schulbildung seien Mädchen.

Der Weltbevölkerungsbericht dokumentiert, dass Frauen überdurchschnittlich im Niedriglohnsektor vertreten sind und häufig weniger Geld für die gleiche Arbeit erhalten als Männer. In Afrika südlich der Sahara seien über 59 Prozent der HIV-Infizierten Frauen. Junge Frauen zwischen 15 und 24 Jahren hätten dort ein drei Mal höheres Infektionsrisiko als Männer der gleichen Altersgruppe.

Der UNFPA kritisierte, weltweit fehle 200 Millionen Frauen der Zugang zu sicheren und wirksamen Methoden der Familienplanung. Unter anderem hinderten kulturelle Zwänge sie daran, Verhütungsmittel und Schwangerenfürsorge in Anspruch zu nehmen. Die DSW-Geschäftsführerin Renate Bähr betonte, der Zugang zu Familienplanung und Aufklärung spiele eine zentrale Rolle in der Armutsbekämpfung. Kleineren Familien ginge es finanziell besser.

Jährlich sterben laut Bericht 536.000 Frauen infolge von Schwangerschaft und Geburt. Diese Zahl sei seit den 1980er Jahren nahezu konstant geblieben. Nach Ansicht des UNFPA könnte eine bessere Gesundheitsversorgung die meisten dieser Todesfälle verhindern. Darüber hinaus ließe sich die Müttersterblichkeit um bis zu 35 Prozent senken, wenn Frauen einen besseren Zugang zu Familienplanungs-Maßnahmen hätten.

Laut Bericht zählt die Weltbevölkerung derzeit 6,7 Milliarden Menschen. Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau von heute statistisch 2,55 Kindern bis 2050 auf 2,1 Kinder sinkt. Die Weltbevölkerung würde bis 2050 auf 9,2 Milliarden Euro anwachsen. (KNA – 12. November 2008)

## Familie & Partnerschaft

### Künftig können auch Großeltern Elternzeit nehmen

Berlin (KNA) Künftig können in bestimmten Fällen auch Großeltern Elternzeit nehmen. Das beschloss der Bundestag mit den Stimmen der großen Koalition. Grüne und FDP votierten gegen das Gesetz, die Linke enthielt sich. Die Bundesregierung hatte die Änderung zum Anfang 2007 in Kraft getretenen Bundeselterngeldgesetzes vorgelegt. Damit haben Großeltern bald ein Recht auf Elternzeit, um ihre im gleichen Haushalt lebenden Enkel betreuen zu können. So geht es um Unterstützung, wenn ein Elternteil minderjährig sei oder als junger Volljähriger noch die Schule besucht oder eine andere Ausbildung absolviert. Großeltern sollen nach dem Willen der Regierung damit auch helfen, die Situation im Anschluss an eine „Teenager-Schwangerschaft“ zu bewältigen. Das Elterngeld wird seit Anfang 2007 maximal für 14 Monate Elternzeit als Lohnersatzleistung gezahlt und beträgt bis zu 67 Prozent des letzten Einkommens.

*(KNA – 13. November 2008)*

### Ein Großteil der Eltern erwartet auch religiöse Bildung in Kitas

Berlin (KNA) Eltern in Deutschland erwarten in Kinderbetreuungseinrichtungen ganz überwiegend auch religiöse Bildung. Dabei plädieren zwei Drittel der Väter und Mütter dafür, dass die Angebote auf verschiedene Religionen eingehen. Das ist das Ergebnis einer Umfrage unter 1.009 Eltern von Kindern zwischen drei und neun Jahren, die das Bundesforum Familie in Berlin vorstellte. Demnach lehnt ein Fünftel der Eltern religiöse Bildung grundsätzlich ab, wobei die Ablehnung im Osten mit 41 Prozent ausgeprägter ist.

Laut Umfrage versuchen Eltern bewusst, ihre Kinder zu Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit zu erziehen. Diese Werte wurden bei einer offenen Frage mit 67 Prozent am häufigsten genannt. Mit deutlichem Abstand folgen Respekt (30 Prozent) und Liebe (24 Prozent). Die Geschäftsführerin des Bundesforums, Katherine Bird, wies besonders auf die Art der Fragestellung hin. Wenn mögliche Antworten zum Ankreuzen in einer Liste vorgegeben seien, betonten Eltern viel häufiger „klassische Tugenden“ wie Ordnung, Höflichkeit und Pünktlichkeit. Die spontane Nennung zeige aber, dass ihnen emotionale Werte in der Erziehung wichtiger seien.

Für den Sprecher des Bundesforums, Norbert Hocke, zeigen die Ergebnisse, dass Werte in Familien gelebt werden. Nun sei die Gesellschaft gefordert, zu diesen Themen Position zu beziehen und ihre Wertevorstellungen auch angesichts der Finanzkrise deutlich zu korrigieren. „Kinder haben Werte, aber sie müssen in ihrer Werthaltung unterstützt und gestärkt werden“, betonte Hocke.

Die Studie befasste sich auch mit dem Thema Vorbild. Demnach sehen sich Eltern zu 99 Prozent selbst als wichtigste Leitfiguren für ihre Kinder. Ebenfalls genannt wurden Geschwister (93 Prozent), Erzieher (89 Prozent) und Großeltern (88 Prozent). Erst am Ende der Liste rangieren Popstars mit sieben Prozent.

Von den Erzieherinnen und Erziehern in den Kindertageseinrichtungen erwarten die Eltern vor allem, dass sie die Kinder „beobachten, begleiten und fördern“ (73 Prozent). Nur knapp einem Drit-

tel ist es wichtig, dass das Kind für die Schule fit gemacht werde. Allerdings liegt bei dieser Antwort der Prozentsatz bei Eltern mit Hauptschulabschluss mit 46 Prozent deutlich höher als bei Eltern mit Abitur (26 Prozent). „Diese Eltern hoffen offenbar, dass die Kita ihren Kindern zu besseren Startchancen verhilft“, so Bird.

Das Bundesforum Familie ist eine Erweiterung des Bündnisses für Erziehung, das Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) vor zwei Jahren mit den Kirchen gestartet hatte. Dem Forum gehören Familien- und Wohlfahrtsverbände, Stiftungen, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände sowie Kirchen und Religionsgemeinschaften an. Ziel ist die Stärkung der Erziehung von Kindern. (KNA – 25. November 2008)

### Kinder und Jugendliche

#### Nummer gegen Kummer unter neuer einheitlicher Rufnummer 116111 europaweit erreichbar

Das Kinder- und Jugendtelefon „Nummer gegen Kummer“ ist ab sofort europaweit unter der einheitlichen Rufnummer 116111 erreichbar. Der Verein Nummer gegen Kummer e.V. bietet seit 28 Jahren das Kinder- und Jugendtelefon erfolgreich an: Anonym und kostenfrei erreichen Ratsuchende die Hotline. Die Anonymität der Anrufer ist selbstverständlich gewährleistet. Die Rufnummer des Anrufenden wird nicht übertragen und die Nummern der Beratungstelefone erscheinen nicht auf dem Einzelgebühreennachweis.

Mit rund 220.000 Beratungen im Jahr 2007 ist das Kinder- und Jugendtelefon eines der am häufigsten genutzten Beratungsangebote für junge Menschen in Deutschland. Die bisherige bundeseinheitliche Nummer 0800 - 111 0 333 bleibt auch weiterhin aktiv.

Aufgrund der erhöhten Nachfrage werden die Beratungszeiten erweitert: montags bis samstags stehen den Ratsuchenden von 14 bis 20 Uhr rund 3000 ausgebildete, ehrenamtliche Berater zur Seite. Die Arbeit des Vereins wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. (Pressemitteilung BMFSFJ)

Weitere Informationen im Internet: <http://www.nummergegenkummer.de/>

### Gesellschaft / Sozialpolitik

#### Alleinerziehende EU-weit besonders von Armut bedroht

Berlin (KNA) Alleinerziehende in der Europäischen Union sind in besonderer Weise von Armut bedroht. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion hervor. Demnach lag das Armutsrisiko für Alleinerziehende im Jahr 2006 mit 32 Prozent doppelt so hoch wie das der Gesamtbevölkerung. Am höchsten war die Quote in Luxemburg (49 Prozent). In Deutschland lag sie bei 24 Prozent. Die Bundesregierung betonte, dass das Armutsrisiko

in Deutschland 2005 mit 13 Prozent leicht unter dem Durchschnitt der EU-Staaten von 16 Prozent liege. Dem Plan, die Kinderarmut EU-weit bis 2012 zu halbieren, steht die Bundesregierung nach eigenen Aussagen skeptisch gegenüber. Die Höhe der Quote hänge von einer Vielzahl von Faktoren ab, die nicht alle politisch zu steuern seien.

(KNA – 26. November 2008)

### Familienmonitor: Situation Alleinerziehender in Deutschland

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat eine Broschüre herausgegeben mit statistischem Material zur Situation Alleinerziehender: „Alleinerziehende in Deutschland – Potenziale, Lebenssituation, Unterstützungsbedarfe“. Sie kann im Internet unter folgender Adresse heruntergeladen werden:

<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/BMFSFJ/familie.did=116710.html>

## Ehrenamt

### Bundesregierung startet Wettbewerb zur Nachhaltigkeit

Die Bundesregierung setzt die Bemühungen zur Nachhaltigkeitsstrategie fort. Gemeinsam mit dem Rat für Nachhaltige Entwicklung will die Regierung mit dem Wettbewerb „Generationendialog in der Praxis - Bürger initiieren Nachhaltigkeit“ wegweisende Aktionen der Zivilgesellschaft honorieren. Bis zu 50 wegweisende Projekte werden prämiert.

An dem mit 100.000 Euro dotierten Wettbewerb können Bürgerinnen und Bürger, aber auch Träger teilnehmen, die in ihrer Stadt, Kommune oder in ihrer Region neue Anstöße in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung geben. Das besondere Augenmerk liegt auf Projekten, die den Zusammenhalt zwischen den Generationen stärken. Die Bewerbungsfrist läuft bis zum 15. März 2009. Wettbewerbsunterlagen sowie die Teilnahmebedingungen sind auf den Internetseiten des Rats für Nachhaltige Entwicklung veröffentlicht. (<http://www.nachhaltigkeitsrat.de>)

Mit dem Wettbewerb soll das bürgerschaftliche Engagement in Kommunen stärker honoriert werden. Schließlich sind auch viele Vereine und Verbände, die auf den Einsatz von Freiwilligen angewiesen sind, vom demografischen Wandel betroffen. Strukturschwache Regionen und solche mit ungünstiger demografischer Entwicklung sind in besonderem Maße auf aktive Bürger angewiesen. Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ursula von der Leyen, betont daher die Bedeutung des Wettbewerbs: „Damit noch mehr Menschen aktiv werden, brauchen wir nicht nur klarere und übersichtlichere Strukturen der Informationen und Angebote. Bürgerschaftliches Engagement muss vor allem Spaß machen, sonst kommt keiner. Und Bürgerschaftliches Engagement braucht immer wieder Anerkennung, sonst bleibt niemand. Daran arbeiten wir.“

### Regierung startet neue Internet-Information zum Ehrenamt

Berlin (KNA) Das Bundesfamilienministerium startet zum „Tag des Ehrenamts“ ein neues Informationsangebot im Internet. Das Portal [www.initiative-zivilengagement.de](http://www.initiative-zivilengagement.de) informiere über Beispiele engagierter Menschen, Organisationen und Unternehmen sowie über regionale Anlaufstellen, kündigte das Ministerium in Berlin an. Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) würdigte das Ehrenamt als „wichtiges Zeichen gelebter Solidarität mit den Schwächeren der Gesellschaft“. 23 Millionen Menschen in Deutschland engagierten sich ehrenamtlich.

*(KNA – 4. Dezember 2008)*

### Programm „Freiwilligendienste aller Generationen“ startet 2009

Am 1. Januar 2009 starten die „Freiwilligendienste aller Generationen“. Sie werden die im Modellprogramm „Generationsübergreifende Freiwilligendienste“ (GüF) entwickelten Dienstangebote Schritt für Schritt bundesweit flächendeckend umsetzen und mit vorhandenen Strukturen vor Ort vernetzen.

Das Programm mit einem Budget von 22,5 Millionen Euro soll Menschen aller Altersgruppen ansprechen. Es sieht neben dem Aufbau von Leuchtturm-Projekten den Einsatz mobiler Kompetenzteams vor, die bei der Organisation von Freiwilligenprojekten helfen. Zusätzlich werden 2.000 kommunale Internetplattformen eingerichtet, die als Marktplätze für freiwilliges Engagement dienen. Außerdem sieht das Programm Qualifizierungsmaßnahmen für Freiwillige und Koordinatoren vor.

Kernstück der neuen „Freiwilligendienste aller Generationen“ sind die 30 ausgewählten Leuchtturmprojekte von herausragendem bürgerschaftlichen Engagement. Sie werden mit jeweils 50.000 Euro im Jahr vom Bundesfamilienministerium gefördert. Unter dem Motto „Engagement schlägt Brücken“ werden die 30 Projekte von 2009 bis 2012 in Kooperation mit Bundesländern, Kommunen, den kommunalen Spitzenverbänden und den Wohlfahrtsverbänden die Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements weiter entwickeln mit dem Ziel, den neuen Freiwilligendienst bundesweit zu etablieren.

Die positiven Erfahrungen der „Generationsübergreifenden Freiwilligendienste“ mit verbindlichen Qualitätsstandards sollen genutzt werden, um Institutionen für den Einsatz von Freiwilligen zu gewinnen. Im Rahmen des neuen Programms „Freiwilligendienste aller Generationen“ werden die Freiwilligen mindestens acht Stunden wöchentlich über einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten investieren. Auf der Grundlage verbindlicher Vereinbarungen werden sie in vielfältigen Einsatzfeldern tätig – in Gesundheit und Pflege, Bildung, Kultur, Sport, Technik, Familienassistenz etc. –, oder um übergreifende Ziele zu erreichen, zum Beispiel die verstärkte Einbindung des Erfahrungswissens Älterer, die Heranführung von Kindern und Jugendlichen an bürgerschaftliches Engagement oder Integration von Migrantinnen und Migranten.

Im Gegenzug erhalten die Freiwilligen Ansprüche auf Qualifizierung, kontinuierliche Betreuung und Begleitung sowie eine gelebte Anerkennungskultur. So wird das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Fördermittel zur Weiterbildung der Freiwilligen und der sie anleitenden Fachkräfte bereitstellen. Eine Internetplattform als zentrale bundesweite Informati-

ons- und Vernetzungsdrehscheibe, ein interaktiv nutzbares Praxishandbuch für alle Fragen zum Freiwilligendienst sowie mobile Kompetenzteams, die direkt vor Ort Kommunen, Träger und Freiwillige mit Rat und Tat unterstützen, bilden die neuen organisatorischen Säulen des Programms. Mit Hilfe mobiler Kompetenzteams soll das Know-how über das Aktivieren vom Ehrenamtlichen und der Organisation von „Freiwilligendienste aller Generationen“ in die Fläche getragen werden. Ziel ist die professionelle und gut vernetzte ehrenamtliche Struktur vor Ort.

Weitere Informationen im Internet unter:

<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/BMFSFJ/Freiwilliges-Engagement/freiwilligendienste-fuer-jedes-alter.did=57754.html>

## Integration

### Kabinett beschließt Fortschrittsbericht zur Integration

Berlin (KNA) Einen Tag vor dem dritten Integrationsgipfel (6. November) hat das Bundeskabinett die Erklärung zur Umsetzung des Nationalen Integrationsplans verabschiedet. Die Staatsministerin für Integration, Maria Böhmer (CDU), sagte, der „Fortschrittsbericht“ des Bundes zeige, dass der Plan eine enorme integrationspolitische Aufbruchsstimmung erzeugt habe.

Der Fortschrittsbericht ist eine Zwischenbilanz über die bisherigen Erfolge der Integration. Er soll einen Überblick darüber schaffen, wie weit die im vorigen Jahr beschlossenen Vorhaben des Nationalen Integrationsplans verwirklicht worden sind. Umsetzungsberichte des Bundes, der Länder und Kommunen fassen die Leistungen der Integrationspolitik zusammen.

Außerdem enthält der Fortschrittsbericht Berichte der Migrantenorganisationen, der Wohlfahrtsverbände, der Arbeitgeber und Gewerkschaften sowie des Sports. Auf dem Integrationsgipfel wird Bundeskanzlerin Angela Merkel mit zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern der Migranten diskutieren.

Der Bund verwies in seiner Erklärung auf die Ausweitung der Integrationskurse sowie verschiedene Initiativen für eine bessere Bildung und Qualifizierung von Migranten für den Arbeitsmarkt. Weitere Punkte betreffen die Gleichberechtigung der Frau, den Kampf gegen Zwangsheirat sowie Initiativen auf den Gebieten von Kultur, Medien, Sport und bürgerschaftlichem Engagement. Nach Böhmers Worten hat sich der unmittelbare Dialog mit allen Beteiligten bewährt und soll verstetigt werden. (KNA/gk)

### Merkel lehnt Bundesintegrationsrat ab

Berlin (KNA) Bundeskanzlerin Angela Merkel lehnt einen von Nordrhein-Westfalens Integrationsminister Armin Laschet (CDU) und Migrantenverbänden geforderten Bundesintegrationsrat ab. Sie sprach sich nach Abschluss des dritten Integrationsgipfels im Bundeskanzleramt aber für einen „strukturierten Dialog“ aus, bei dem sich kleinere Gruppen themenbezogen regelmäßig treffen sollten.

Vertreter von Politik und Migrantenverbänden zogen nach dem Gespräch eine gemischte Bilanz. Merkel forderte mehr gegenseitige Offenheit von deutscher Bevölkerung und Zuwanderern. Die rund 15 Millionen Bürger mit ausländischen Wurzeln sollten ebenso in Institutionen und Verbänden vertreten sein wie Deutsche. Die Migrantenverbände beklagten weiterhin Defizite vor allem bei Bildung und Ausbildung und übten erneut Kritik an der Ausländergesetzgebung.

An dem Treffen nahmen rund 200 Vertreter von staatlicher und zivilgesellschaftlicher Seite teil, darunter zahlreiche Repräsentanten der Zuwanderer. Im Mittelpunkt stand der „Erste Fortschrittsbericht“, eine Bestandsaufnahme der Umsetzung von 400 Selbstverpflichtungen zur besseren Eingliederung der Menschen ausländischer Herkunft in Deutschland.

Integrationsministerin Maria Böhmer (CDU) sprach von „Erfolgsgeschichten“ bei der Verwirklichung des Integrationsplans. So seien inzwischen rund 500.000 Teilnahmeberechtigungen für Integrationskurse ausgegeben worden. Sie will die Integration künftig nach bestimmten Indikatoren messen lassen. Ferner sollen Pilotprojekte künftig eine dauerhafte Förderung erhalten. Bis 2012 wolle sie die Zahl der Schulabbrecher halbieren und Migranten dasselbe Bildungsniveau vermitteln, betonte Böhmer. Zudem würden künftig die Themen Gesundheit, Pflege und Recht in den Dialog einbezogen.

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaften der Immigrantenverbände, Mehmet Tanriverdi, beklagte, dass der Integrationsplan noch nicht an der Basis angekommen sei. Als Beispiel nannte er den weiterhin überproportionalen Anteil an Schulabbrechern und Arbeitslosen unter den Migranten. Allerdings bewertete auch er den Dialog als „Meilenstein“. Tanriverdi erneuerte die Kritik der Verbände an der Nachzugsregelung für Ehegatten - von denen ein Sprachtest verlangt wird - und den Einbürgerungstests, da sie „kontraproduktiv“ seien. Ferner forderte er einen gemeinsamen ständigen Beirat, der sich in kürzeren Abständen trifft.

Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) forderte angesichts des Fachkräftemangels flexiblere Regelungen bei der Zuwanderung aus Osteuropa auf den Arbeitsmarkt. Zugleich betonte er, dass auch die Mehrheitsgesellschaft bereit sein müsse, Zuwanderer aufzunehmen und wandte sich gegen Ausländerfeindlichkeit.

Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) hob ebenfalls die zentrale Rolle von Ausbildung und Qualifikation bei der Integration hervor. Er versprach eine schnelle Regelung zur Anerkennung ausländischer Qualifikation und eine Intensivierung der Sprachförderung. Ferner könne schon bald jeder einen Schulabschluss nachholen. (KNA – 6. November 2008)

### **Stichwort: Migration in Deutschland**

In Deutschland leben nach den neuesten verfügbaren Zahlen des Statistischen Bundesamtes rund 15,1 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Damit hatten im Jahr 2006 rund 18,4 Prozent der 82,4 Millionen Bundesbürger ausländische Wurzeln. Das bedeutete im Vergleich zur Statistik aus dem Jahr 2005 einen Anstieg um 0,2 Prozentpunkte.

Ausländer ohne deutsche Staatsbürgerschaft machen dabei mit 7,3 Millionen oder 8,9 Prozent der Bevölkerung etwas weniger als die Hälfte aller Personen mit Migrationshintergrund aus. 7,8 Millionen Bürger mit Migrationshintergrund sind deutsche Staatsbürger.

10,4 Millionen der 15,1 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund sind laut Statistik selber eingewandert; 4,7 Millionen sind in Deutschland geboren. Der größte Teil der in Deutschland lebenden Migranten stammt aus Europa: 59,5 Prozent der insgesamt 10,4 Millionen Zuwanderer kommen aus einem europäischen Land, 23,5 Prozent aus den 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Bedeutendste Herkunftsländer sind mit 14,2 Prozent der Zugewanderten die Türkei, mit 8,4 Prozent die Russische Föderation, mit 6,9 Prozent Polen und Italien mit 4,1 Prozent.

Personen mit Migrationshintergrund leben laut Statistik vor allem in den großen Städten. Sie sind im Durchschnitt deutlich jünger als jene ohne Migrationshintergrund (33,8 gegenüber 44,6 Jahre) und weitaus häufiger ledig (45,3 Prozent gegenüber 38,1 Prozent). Der Anteil der Männer unter ihnen ist höher (50,8 Prozent gegenüber 48,5 Prozent). Bei den unter 5-Jährigen stellen Personen mit Migrationshintergrund ein Drittel dieser Bevölkerungsgruppe.

Im größten deutschen Bundesland Nordrhein-Westfalen haben mehr als vier Millionen der 18 Millionen Einwohner eine Zuwanderungsgeschichte. Rund 2,7 Millionen Einwohner sind im Ausland geboren. Das sind mehr als im klassischen Einwanderungsland USA. Dort waren im Jahr 2007 rund 12,6 Prozent der Bewohner im Ausland geboren. *(KNA – 6. November 2008)*

### **Politik und Kirche werben für Förderung von Migrantenkindern**

Essen (KNA) Beim 5. Bundeskongress Katholische Schulen in Essen haben Politiker und Kirchenvertreter für eine stärkere Öffnung kirchlicher Schulen für Zuwandererkinder geworben. Das Kongressthema hieß „Katholische Schulen und ihr sozialer Bildungsauftrag“. Mit gut 1.100 von bundesweit 4.700 Schulen in freier Trägerschaft ist die katholische Kirche größter freier Träger.

Die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU), appellierte besonders an kirchliche Gymnasien, mehr Migrantenkinder zu fördern. Das könne zwar Konflikte mit Eltern bringen, die die Privatschulen als Besonderheit für den Nachwuchs gewählt hätten. Doch dem solle die Kirche sich stellen und aus christlicher Motivation mehr ausländische Kinder ausbilden. Die jüngste Pisa-Studie habe erneut gezeigt, dass hier „großer Handlungsbedarf“ bestehe.

Auch die Bamberger Sozialethikerin Marianne Heimbach-Steins appellierte an die katholischen Schulen, ihre Schülerschaft an der „christlichen Option für die Armen“ ausrichten. Die Kirche solle ein breites Angebot an Schulformen bieten, um allen Talenten gerecht zu werden.

*(KNA/gk)*

### Schäuble startet Internetangebot der Islam-Konferenz

Berlin (KNA) Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat eine positive Zwischenbilanz der Deutschen Islam-Konferenz (DIK) gezogen. „Wir sind ein gutes Stück vorangekommen“, sagte der Minister vor Journalisten in Berlin. Gut zwei Jahre nach dem Start der Konferenz schaltete Schäuble eine Internetseite [www.deutsche-islam-konferenz.de](http://www.deutsche-islam-konferenz.de) frei, die über deren Arbeit und Verlauf informieren und als Dialogplattform dienen soll. Als Zeichen des Respekts erfolge die Freischaltung bewusst am islamischen Opferfest, betonte er.

Schäuble sagte, alle Mitglieder der Konferenz hätten sich einmütig zur deutschen Rechtsordnung und zur Werteordnung des Grundgesetzes bekannt. Dies sei in keinem Fall „nur ein Lippenbekenntnis“. Er sprach von deutlichen Fortschritten im Dialog. Er ermögliche gegenseitiges Verstehen und zeige, dass Vielfalt keine Bedrohung sei. Es gebe auch Streit, aber „Streit ist das Salz der Demokratie“ und dürfe nicht als etwas Negatives abgetan werden. Zugleich bekräftigte er den Rang von schulischem Religionsunterricht. Es gehe nicht um Ethik oder die Vermittlung von Wissen über Religion, sondern um Bekenntnisunterricht. Das müsse man „auch Nichtmuslimen gelegentlich erklären“.

Die neue Internetpräsenz solle ein guter Ort der Diskussion werden, bekräftigte der Minister. Die Homepage wird betreut vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg. Monatlich soll die Seite über ein Schwerpunktthema informieren, wie der Leiter der Abteilung für Grundsatzfragen im Ministerium, Markus Kerber, mitteilte.

Dem ersten Akzent „Islam im Schulalltag“ sollen im Januar und Februar die Themen „Medien und Muslime“ und „Religionsunterricht“ folgen. Dabei ist vorgesehen, über die weiteren Schwerpunkte jeweils die Nutzer der Seite abstimmen zu lassen.

Seit dem Frühjahr gibt es beim BAMF bereits eine „Clearingstelle“ zum Thema Islam. Sie soll ein Netz von Ansprechpartnern bei Sicherheitsbehörden und muslimischen Organisationen aufbauen und Experten für Bildung und Dialog vermitteln. Der im September 2006 gestarteten DIK gehören jeweils 15 Vertreter von Staat und Muslimen an. (KNA – 8. Dezember 2008)

## Globalisierung

### Erzbischof Zollitsch: Armut ist sozialer Sprengstoff

Villingen-Schwenningen (KNA) Als „sozialen Sprengstoff“ hat der Freiburger Erzbischof Robert Zollitsch die weltweite Armut bezeichnet. Der freie Markt praktiziere von sich aus keine ausgleichende Gerechtigkeit und sorge nicht für die Bedürfnisse der Benachteiligten, sagte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz in Villingen-Schwenningen bei den Wirtschaftsjuvenen Baden-Württemberg. Notwendig seien Solidarität, Gerechtigkeit und Lebenschancen auch für die Armen.

Zollitsch verwies darauf, dass mehr als 2,5 Milliarden Menschen von weniger als 1,5 Euro am Tag lebten. „Globalisierung fordert radikal dazu heraus, die Scheuklappen des Egoismus abzulegen und den Blick auch auf die anderen und aufs Ganze zu richten“, so der Erzbischof. Die Fi-

nanzkrise und deren Folgen hätten drastisch gezeigt, was passiere, wenn keine Verantwortung wahrgenommen werde. Der Markt brauche Moral, das Leben und Zusammenleben der Menschen brauchten ein tragendes Wertefundament.

Zur Debatte über Managergehälter sprach sich Zollitsch für moderate Gehälter aus. Es scheine das rechte Maß verloren gegangen sein, wenn die Vergütungen von Managern das Durchschnittseinkommen eines Normalverdieners um ein Vielfaches überstiegen, und gleichzeitig der Reallohn von Mitarbeitern sinke, weil die Teuerungsrate nicht ausgeglichen worden sei.

Der Erzbischof sprach sich auch für eine ökologische Verantwortung unternehmerischen Handelns aus. Mit der Umwelt und ihren Ressourcen müsse nachhaltig und schonend umgegangen werden. Man dürfe die Schöpfung nutzen, aber nicht ausnutzen: „Weltweit müssen unterschiedliche Interessen, vor allem auch wirtschaftliche Interessen, und die Erfordernisse für einen wirksamen Klima- und Umweltschutz in Einklang gebracht werden.“ Dass sei nicht ohne einschneidende Veränderungen in das Wirtschafts- und Konsumverhalten und nicht ohne die Bereitschaft zum Verzicht möglich. (KNA – 6. November 2008)

### **„Deutsche Discounter lassen Ware menschenunwürdig produzieren“**

Berlin (KNA) Deutsche Discounter lassen ihre Textilien nach Ansicht von Nichtregierungsorganisationen weiterhin unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen in der sogenannten Dritten Welt produzieren. Die „Kampagne für saubere Kleidung“ (CCC/Clean Clothes Campaign) kritisierte vor Journalisten in Berlin, dass sich an der Unternehmenspraxis vielfach nichts geändert habe. Dabei habe es in diesem Jahr erstmals Gespräche zwischen Vertretern der Firmen „Lidl“ und „Kik-Textildiscount“ und der CCC gegeben habe.

So erhielten Textilarbeiterinnen in Bangladesch weiterhin Monatslöhne von 18 bis 24 Euro. Dies entspreche zwar dem im Jahr 2006 von der Regierung festgesetzten Mindestlohn, reiche aber angesichts stark steigender Nahrungsmittelpreise nicht zum Überleben, erläuterten CCC-Vertreter. Nur mit Hilfe teils massiver Überstunden kämen Näherinnen am Ende des Monats auf einen Betrag von 50 Euro. Die freiwilligen Selbstverpflichtungen der Handelskonzerne hätten bisher nicht zu Verbesserungen der Arbeitsbedingungen geführt.

Die Organisation will nach eigenen Angaben mit Protest-Postkarten und Podiumsdiskussionen Unternehmen und die Bundesregierung zum Handeln auffordern. Vor Journalisten berichtete die Näherin Suma Sarker von täglich fünf Überstunden. Toilettenpausen gebe es ebenso wenig wie einen Betriebsrat, der die Interessen der Arbeiterinnen vertreten könne. Nur 20.500 der 2,5 Millionen Textilarbeiterinnen in Bangladesch seien überhaupt in einer Gewerkschaft organisiert. Falls bekannt werde, dass sich eine Näherin gewerkschaftlich engagiere, werde sie sofort entlassen.

Zur CCC gehören weltweit rund 200 Organisationen, die sich für faire Arbeitsbedingungen in den Textilfabriken der „Dritten Welt“ einsetzen. In Deutschland beteiligen sich unter anderem der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), die Christliche Initiative Romero, die Katholische Arbeitnehmer Bewegung (KAB), der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB), die Katholische Landjugendbewegung, das Entwicklungshilfe-Netzwerk INKOTA, die Vereinte Evangeli-

sche Mission (VEM/Wuppertal), und die Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend (aej). (KNA/gk – 25. November 2008)

Weitere Informationen im Internet: <http://www.saubere-kleidung.de>

### Nachhaltige Entwicklung

#### Klimakatastrophe kaum noch aufzuhalten

Hamburg. So eindringlich wie nie zuvor warnt der UN-Klimarat IPCC in seinem jüngsten Bericht vor der Erderwärmung. Der Klimareport von 2007 beleuchtet das Ausmaß des Klimawandels und betont die Verantwortung des Menschen. Die Kernaussagen des Berichts:

- Die Erderwärmung ist nicht mehr aufzuhalten, selbst im günstigsten Fall steigt sie weiterhin an. Die Durchschnittstemperatur der Jahre 2090 bis 2099 wird je nach Szenario und politischer Entwicklung beim Klimaschutz um 1,1 bis 6,4 Grad Celsius höher liegen als im Durchschnitt der Jahre 1980 bis 1999.
- Der Meeresspiegel wird je nach Rechenmodell um 18 bis 59 Zentimeter steigen. Die Veränderungen werden wahrscheinlich Gesundheit und Leben von Millionen Menschen bedrohen. Mehr Hitzewellen, Überschwemmungen, Stürme, Dürren und Mangelernährung bedeuten mehr Kranke und Tote.
- Rund 20 bis 30 Prozent aller Tier- und Pflanzenarten könnten aussterben, wenn die weltweite Durchschnittstemperatur um mehr als 1,5 bis 2,5 Grad Celsius steigt.
- Um die Erderwärmung im erträglichen Bereich von 2 bis 2,4 Grad Celsius zu halten, müssen die weltweiten Kohlendioxid-Emissionen bis zur Mitte des Jahrhunderts um 50 bis 85 Prozent sinken - verglichen mit den Werten aus dem Jahr 2000.

Nach neueren Studien entwickelt sich der Klimawandel noch schneller als vom IPCC angenommen. So könnte der Meeresspiegel laut Umweltstiftung WWF bis 2100 um mehr als 120 Zentimeter steigen mit katastrophalen Folgen auch für die Küsten Europas. „Die weltweiten Kohlendioxidemissionen aus menschlicher Aktivität haben sich von einem Anstieg um 1,1 Prozent jährlich zwischen 1990 und 1999 auf über 3 Prozent jährlich zwischen 2000 und 2004 erhöht“, heißt es in der Zusammenstellung des WWF. Gleichzeitig sinke die Aufnahmekapazität für Kohlendioxid der Ozeane und der Natur an Land. (dpa)

Weitere Informationen zum Bericht im Internet: UN-Klimarat: <http://www.ipcc.ch>

#### Evangelische Kirche fordert Kampf gegen Klimawandel

Bremen (KNA) Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) verlangt ein stärkeres Engagement gegen den Klimawandel. In einer in Bremen einstimmig verabschiedeten Erklärung fordert die Synode unter anderem, am Ausstieg aus der Kernenergie festzuhalten, klimaschonende Mobilität zu fördern und Wasser verantwortungsvoll zu nutzen.

Das Kirchenparlament plädiert in der Kundgebung unter dem Titel „Aus Dankbarkeit für Gottes gute Schöpfung leben“ für eine umfassende Änderung des Lebensstils in der westlichen Welt. Gefordert wird ein „zukunftsfähiger Lebenswandel“, der auch als „4-D-Lebenswandel“ definiert wird – „bestimmt und orientiert an Dank, Demut, Denken und Dienst“.

Als gravierendes Problem definiert die Synode auch den Zugang zu sauberem Wasser. „Wassermangel, Verunreinigung des Wassers und fehlende sanitäre Versorgung bedrohen gegenwärtig das Überleben von mehr als 2,4 Milliarden Menschen.“

Synoden-Präses Barbara Rinke bezeichnete es als etwas ganz Besonderes und „Erstaunliches“, dass sich die Delegierten in dieser Frage einstimmig zusammengefunden hätten. Damit könne das Thema, „das die Synode schon seit Jahren vor sich hergeschleppt hat“, jetzt in den Landeskirchen zur weiteren Bearbeitung vorgelegt werden. (*KNA – 5. November 2008*)

Weitere Informationen zum Schwerpunktthema der Synode:

<http://www.ekd.de/synode2008/thema/schwerpunktthema.htm>

### **Kirchen: Wirtschaft nicht auf Kosten des Klimaschutzes beleben**

Hannover (KNA) Kirchenvertreter in Europa wenden sich gegen eine Belebung der Wirtschaft zu Lasten des Klimaschutzes. Der Klimaschutz dürfe nicht durch kurz- und mittelfristige Lösungen wirtschaftlicher Probleme an den Rand gedrängt werden, heißt es in einem in Hannover veröffentlichten Brief an den französischen EU-Ratspräsidenten Nicolas Sarkozy. Unterzeichner sind der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Bischof Wolfgang Huber, der anglikanische Primas und Erzbischof von Canterbury, Rowan Williams, und der schwedische Erzbischof Anders Wejryd.

Anlass des Schreibens sind die Verhandlungen des Europäischen Rates in Brüssel über ein europäisches Klima- und Energiepaket. Die leitenden Geistlichen kritisieren, dass Europa die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise offenbar dazu nutze, Schlüsselemente des eigenen Klimaschutzpaketes abzuschwächen. Dies geschehe in einem Moment, in dem die globalen Klimaschutzverhandlungen einen kritischen Punkt erreicht hätten. Die Neuausrichtung der Weltwirtschaft auf Investitionen in „saubere“ Technologien biete reale und nachhaltige Wachstumsmöglichkeiten, so die Kirchenführer. (*KNA – 9. Dezember 2008*)

### **Der Rat für Nachhaltige Entwicklung warnt vor Vernachlässigung des Klimaschutzes**

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat Bundesregierung und EU aufgefordert, bei der Bekämpfung der Finanzkrise nicht den Klimaschutz zu vernachlässigen. Es gebe keinerlei Veranlassung hierbei auf die Bremse zu treten, sagte der Geschäftsführer des Beratungsgremiums der Bundesregierung, Günther Bachmann, der Deutschen Presse-Agentur dpa. Stattdessen müssten jetzt die Technologien zum Beispiel für Energieeinsparungen und erneuerbare Energien weiter vo-

rangebracht werden. Besonders die deutsche Wirtschaft und ihre Arbeitsplätze bekämen hierdurch neuen Rückhalt, sagte Bachmann.

Ein Abbremsen der im vergangenen Jahr begonnenen Klimaschutzpolitik könne sich die Weltgemeinschaft nicht leisten, sagte er. „Der für Mensch und Natur gefährliche Klimawandel macht ja keine Pause - weil einige Banken in Schwierigkeiten geraten sind.“ Die Erde erwärme sich „definitiv schneller als noch vor kurzem gedacht“.

Der Nachhaltigkeits-Rat fordert, dass die Politik „nachlegen muss, um die Ziele des Abbaus von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) zu erreichen“. Der Ausbau erneuerbarer Energien müsse beschleunigt werden, zum Beispiel bei der Windenergie in der Nord- und Ostsee oder der Erforschung CO<sub>2</sub>-freier Kohlekraftwerke. „Die Haushalte sind nämlich noch auf absehbare Zeit von den fossilen Energieträgern wie Gas und Kohle abhängig.“

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung wurde im April 2001 von der Bundesregierung berufen. Ihm gehören 13 Personen des öffentlichen Lebens an. Die Aufgaben des Rates sind die Entwicklung von Beiträgen für die Umsetzung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, die Benennung von konkreten Handlungsfeldern und Projekten sowie Nachhaltigkeit zu einem wichtigen öffentlichen Anliegen zu machen. Nachhaltige Entwicklung heißt, Umweltgesichtspunkte gleichberechtigt mit sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu berücksichtigen.

*(dpa/gk)*

Weitere Informationen zum Rat für nachhaltige Entwicklung im Internet unter [www.nachhaltigkeitsrat.de](http://www.nachhaltigkeitsrat.de)

## Umweltbewusstsein der Deutschen auf hohem Niveau

### Bundesumweltministerium und UBA legen neue Studie vor

Das Umweltbewusstsein der Deutschen bleibt auf einem hohen Niveau: Für 91 Prozent der Bevölkerung ist der Umweltschutz wichtig. Das ist das Ergebnis einer neuen Studie zum Umweltbewusstsein in Deutschland, die das Bundesumweltministerium und das Umweltbundesamt (UBA) in Auftrag gegeben haben. Die Studie zeigt auch, dass das Problembewusstsein für die Risiken und Folgen des Klimawandels sehr hoch ist. Weit über 80 Prozent der Befragten befürchten, dass auf Deutschland hohe Kosten zukommen für die Beseitigung von Schäden oder zum Schutz vor den Folgen des Klimawandels. Gleichzeitig ist der Anteil der Menschen, die die Klimafolgen in Deutschland als beherrschbar einstufen, von 39 Prozent im Jahr 2006 auf 54 Prozent gestiegen.

Dr. Harry Lehmann, Fachbereichsleiter Umweltplanung und Nachhaltigkeitsstrategien im UBA: „Die Bereitschaft der Bevölkerung zum Handeln ist da. Die Politik und auch das Umweltbundesamt haben die Aufgabe, sich vermehrt einer zielgruppengerechten Umweltkommunikation zu widmen. Es ist wichtig, klare Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Diese müssen einfach und gut verständlich sein. Die für den Umweltschutz positive Grundstimmung in der Bevölkerung müssen wir nutzen und die Bedeutung des Umweltschutzes für die Lebensqualität der Menschen deutlich machen.“

Auch die steigenden Energiepreise haben für die Bürgerinnen und Bürger eine hohe Bedeutung. In der vorliegenden Umfrage wurde erstmals gefragt, wie wichtig es den Menschen ist, die Verbraucherinnen und Verbraucher durch niedrigere Energiekosten finanziell zu entlasten. Die Zustimmung zu dieser politischen Aufgabe ist genau so hoch wie zur Aufgabe, die Wirtschaft anzukurbeln. Astrid Klug: „Diese Erwartungen nehme ich sehr ernst. Die steigenden Strom- und Energiepreise bergen erheblichen sozialen Sprengstoff, bis in die mittleren Schichten hinein. Deshalb sind wir mit unserer Politik, die Energieeffizienz zu erhöhen und das große Potenzial zum Einsparen von Energie zu nutzen, auf dem richtigen Weg. Damit leisten wir auch einen wichtigen Beitrag, um mehr soziale Gerechtigkeit herzustellen.“

Viel Zuversicht und Vertrauen wird der technischen Innovation als Problemlösung entgegengebracht. Knapp drei Viertel der Befragten erwarten, dass sich künftig durch eine konsequente Umweltschutzpolitik die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft verbessert. Allerdings: Die Menschen schieben dabei ihre eigene Verantwortung nicht einfach weg. Die Aussage, dass wir unsere Gewohnheiten im Alltag ändern müssen, findet ebenfalls eine sehr hohe Zustimmung.

In der Bevölkerung ist auch ein hohes Bewusstsein für die Bedeutung der biologischen Vielfalt vorhanden. Der Erhalt natürlicher Lebensräume ist aus Sicht von über 90 Prozent der Befragten nicht nur für die Natur, sondern auch für den Menschen lebenswichtig. Generationengerechtigkeit gilt als das beste Argument für den Erhalt der biologischen Vielfalt. Aber auch die Bedeutung natürlicher Lebensräume für die Erholung und damit für die Gesundheitsvorsorge spielt eine wichtige Rolle. Die Befragten sehen insgesamt einen engen Zusammenhang zwischen Umweltschutz und Gesundheit.

Die Umweltbewusstseinsstudie 2008 verwendet erstmals die Milieumodelle des Sinus-Instituts. Mit deren Hilfe lassen sich Erkenntnisse gewinnen, die zur zielgruppenspezifischen Verbesserung der Umweltkommunikation beitragen können. Die Autoren sind Dr. Carsten Wippermann und Marc Calmbach (SINUS Sociovision) sowie Silke Kleinhückelkotten (ECOLOG-Institut).

Die BMU-Broschüre „Umweltbewusstsein in Deutschland 2008“ kann im Internet heruntergeladen werden: <http://www.bmu.de/umweltinformation/downloads/doc/42750.php>

Weitere Informationen zum Thema: <http://www.umweltbundesamt.de/umweltbewusstsein>

## Gewalt gegen Frauen und Mädchen

### Fischbach: Gewalt gegen Frauen konsequent bekämpfen

„Gewalt gegen Frauen hat viele Gesichter: Frauenhandel, Zwangsprostitution, Genitalverstümmelung, Gewalt im Namen der Ehre, häusliche Gewalt. Der Internationale Tag zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen ist ein guter Anlass, sich diese Probleme erneut vor Augen zu führen“, erklärte die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ingrid Fischbach MdB anlässlich des von den Vereinten Nationen deklarierten Internationalen Tages zur Beseitigung jeder Form von Gewalt gegen Frauen am 25. November.

„Besonders grausam ist die Situation für Frauen in den weltweiten Krisenregionen, die neben der Gefahr und den Nöten des Krieges auch noch fürchten müssen, verschleppt, vergewaltigt, miss-handelt oder getötet zu werden. Noch immer wird sexuelle Gewalt auch als perfide Kriegsstrate-gie eingesetzt. Nach Beendigung des Konflikts in den Krisenregionen tritt dann häusliche Gewalt verstärkt auf.“

Nicht zuletzt aus diesen Gründen sei auch der Einsatz deutscher Streitkräfte in Afghanistan zu befürworten, da er doch gerade zum Schutz der Frauen besonders wichtig sei. Frauen in Krisen-regionen seien in besonderer Weise der Gefahr der Gewalt ausgesetzt. In Afghanistan drohe au-ßerdem durch ein Wiederaufleben von Macht und Einfluss der Taliban eine enorme Verschlech-terung der Stellung der Frauen.

Der Gedenktag geht zurück auf die Ermordung der drei Schwestern Mirabal, die am 25. Novem-ber 1960 in der Dominikanischen Republik vom militärischen Geheimdienst nach monatelanger Folter getötet wurden. Sie waren im Untergrund tätig und hatten sich an Aktivitäten gegen den ty-rannischen Diktator Trujillo beteiligt. Der Mut der Mirabal-Schwestern bei ihrem Kampf gegen den Tyrannen gilt inzwischen als Symbol für Frauen weltweit, die nötige Kraft für das Eintreten gegen jegliches Unrecht zu entwickeln. *gk*

### **4.000 Mädchen in Deutschland von Genitalverstümmelung be-droht**

Tübingen (KNA) terre des femmes sieht mehr als 4.000 in Deutschland lebende Mädchen durch eine Genitalverstümmelung bedroht, insbesondere während Urlaubsreisen ins Ausland. Die Frau-enrechtsorganisation forderte eine Meldepflicht für Ärzte gegenüber dem Jugendamt, wenn sie ei-ne Genitalverstümmelung feststellen. Diese Form der Beschneidung müsse ein eigener Straftatbe-stand werden, um sie auch dann verfolgen zu können, wenn sie außerhalb Deutschlands vorge-nommen wird. Die Menschenrechtsorganisation sprach sich zudem für mehr Beratungsstellen für Frauen und Familien aus. Ärzte, Hebammen, Erzieher und Lehrer sollten besser geschult werden. Unabhängig von Geschlecht und Herkunft müssten alle Kinder an Vorsorgeuntersuchungen teil-nehmen, um Genitalverstümmelungen und sexuellem Missbrauch öfter als bisher aufdecken zu können. (KNA – 13. November 2008)

### **Weltkongress gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern**

Bonn (KNA) Zum Auftakt des Weltkongresses gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern in Rio de Janeiro hat das UN-Kinderhilfswerk Unicef ein härteres Vorgehen gegen Kinderprostitution und sexuelle Gewalt gefordert. Weltweit würden jedes Jahr etwa 1,8 Millionen Mädchen und Jungen zur Prostitution und zur Pornografie gezwungen, erklärte Unicef in Köln.

Allein in Deutschland gibt es nach Schätzung der Organisation Innocence in Danger etwa 50.000 regelmäßige Konsumenten von Kinderpornografie. Die Kriminalstatistik in der Bundesrepublik verzeichnet einen konstanten Anstieg beim Besitz, der Beschaffung und Verbreitung von Kinder-

pornografie. 2006 wurden 7.318 Fälle registriert; 2007 waren es bereits 11.357. „Skrupellose Erwachsene nutzen die Schutzlosigkeit von Kindern aus - für sich selbst und weil sie Profit machen wollen“, erklärte die grüne Bundestagsabgeordnete Ekin Deligöz, die an dem Weltkongress in Brasilien teilnimmt.

Nach Einschätzung von Unicef hat das Bewusstsein für das Leid der betroffenen Kinder zugenommen. Andererseits ermöglichten Internet und Kommunikationstechniken wie Chatrooms, die nur schwer zu überwachen sind, neue Möglichkeiten der Ausbeutung. Immer öfter würden über kommerzielle Webseiten Geschäfte abgewickelt, die durch Passwort geschützt sind und einen Zugang über Kreditkarte haben. „Solche Internetseiten bringen dem Betreiber bis zu 30.000 Dollar Gewinn im Jahr.“

Nach Darstellung der Kinderhilfsorganisation gibt es trotz schärferer Gesetze in einigen Ländern weltweit immer noch ein Defizit bei der Verfolgung der Täter. Schuld daran sei auch eine unzureichende länderübergreifende Zusammenarbeit der Polizeibehörden. So arbeiteten gegenwärtig lediglich 35 Staaten mit der Interpol-Datei zusammen, die weltweit kinderpornografische Bilder für die Strafverfolgung auswertet. 2006 enthielt diese Datenbank laut Unicef Fotos von mehr als 20.000 missbrauchten Kindern.

Die Kinderschutzorganisation ECPAT appellierte in Freiburg an Unternehmen und Institutionen, Kinderschutzrichtlinien einzuführen. Sie sollten sicherstellen, dass sie für das Herunterladen von Kinderpornografie durch Mitarbeiter nicht mitverantwortlich sein wollten.

Zum Dritten Weltkongress gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern beraten mehr als 3.000 Regierungsvertreter, Kinderrechtsexperten und Repräsentanten von Forschung und Wirtschaft über Strategien zum Schutz vor sexueller Ausbeutung. Der beim Weltkongress vor sieben Jahren bestätigte Aktionsplan steht dabei auf dem Prüfstand.

ECPAT beklagt, dass nur weniger als zwei Drittel der beteiligten Regierungen ihr Versprechen eingelöst und einen Nationalen Aktionsplan verabschiedet hätten. In Rio geht es inhaltlich auch um die Vorbeugung von Missbrauch, die Rehabilitation der Opfer, die Rolle des Internet und um internationale freiwillige Vereinbarungen der Wirtschaft, insbesondere der Tourismusindustrie. (KNA – 25. November 2008)

### **Regierung fordert weltweiten Kampf gegen Kinderpornografie**

Rio de Janeiro/Berlin (KNA) Die Bundesregierung hat eine internationale Strategie gegen Kinderpornografie verlangt. Der Staatssekretär im Familienministerium, Gerd Hoofe, forderte auf dem 3. Weltkongress gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern in Rio eine stärkere internationale Vernetzung. Schwerpunkte sollten die Bekämpfung der Kinderpornografie im Internet, des Kinderhandels sowie der Schutz von Minderjährigen vor Missbrauch durch Mitarbeiter in Einrichtungen und Unternehmen sein. Ferner forderte die Bundesregierung bessere Wege, Opfer zu identifizieren und psychologisch zu begleiten.

Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) bekräftigte in Berlin die Forderung nach Zugangssperren zu kinderpornografischen Seiten im Internet. Solche Sperren könnten das men-

schenverachtende „Millionengeschäft mit zerfetzten Kinderkörpern und Kinderseelen empfindlich stören“. Alle Staaten müssten an einem Strang ziehen. An dem dreitägigen Kongress nehmen 3.000 Teilnehmer aus 140 Ländern teil. Zur deutschen Delegation zählen mehrere Bundestagsabgeordnete, darunter Mitglieder der Kinderkommission des Parlaments.

Beim Thema Zugangssperren im Internet setzt Deutschland nach Angaben des Ministeriums auf Erfahrungen in skandinavischen Ländern, der Schweiz, Großbritannien, Italien und Kanada. Täglich würden allein in Schweden 50.000 Zugänge blockiert. Die Ministerin beklagte, die Opfer würden immer jünger. Nach einer britischen Studie seien 80 Prozent der Opfer unter 10 Jahre alt, 33 Prozent unter 3 und zehn Prozent unter 2 Jahre alt. (KNA – 26. November 2008)

### Deutschland tritt Verbund gegen Internet-Kinderpornografie bei

Leipzig (KNA) Deutschland will sich dem entstehenden internationalen Verbund zur Sperrung kinderpornografischer Internet-Seiten anschließen. Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) sagte im Interview der „Leipziger Volkszeitung“, sie sei dazu „fest entschlossen“. Ihr Haus stimme die notwendigen gesetzlichen Veränderungen bereits mit dem Innen-, Justiz- und Wirtschaftsministerium ab. Laut von der Leyen sperrten bereits die sechs europäischen Länder Schweden, Dänemark, Finnland, Norwegen, Italien und Niederlande die Zugänge zu Websites mit sexuellem Missbrauch von Kindern. Diese Länder tauschten von der Polizei erstellte Listen und Adressen aus. Sie verwendeten eine einheitliche Technik, so dass kinderpornografische Internet-Seiten sofort gesperrt werden könnten. „Da will und wird Deutschland mitmachen“, sagte die Ministerin. Beim Weltkongress gegen sexuelle Ausbeutung in Rio de Janeiro seien noch mehr Länder überzeugt worden, sich dem Vorgehen anzuschließen.

(KNA – 30. November 2008)

### Wieczorek-Zeul: Verbrechen im Kongo müssen bestraft werden

Brüssel (KNA) Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) hat die internationale Gemeinschaft aufgefordert, schwere Menschenrechtsverletzungen im Kongo nicht ungestraft zu lassen. Vergewaltigungen und Gewalt gegen Frauen seien Verbrechen gegen die Menschlichkeit und müssten entsprechend belangt werden, sagte Wieczorek-Zeul nach dem Treffen der EU-Entwicklungsminister in Brüssel. Die Welt insgesamt und besonders die EU müssten sich intensiver um den Friedensprozess in der Region bemühen, so die Ministerin. Zunächst gehe es jetzt aber darum, humanitäre Hilfe zu den Bedürftigen vor Ort zu bringen.

(KNA – 11. November 2008)

### Pflege

#### Jeder dritte Pflegebedürftige hat Anspruch auf Zusatzleistungen

Essen (KNA) Jeder dritte Pflegebedürftige kann Zusatzleistungen für Demenzkranke in Höhe von 100 oder 200 Euro in Anspruch nehmen. Das teilten die Medizinischen Dienste der Krankenversicherung (MDK) nach einer Auswertung aller 315.000 Anträge auf Pflegeleistung aus dem vergangenen Quartal in Essen mit. Demnach könnten 100.000 Betroffene von den verbesserten Leistungen profitieren, die mit der Pflegereform am 1. Juli in Kraft getreten sind. Anspruch darauf hätten ambulant Gepflegte aller drei Pflegestufen, sofern ein „erheblicher allgemeiner Betreuungsbedarf“ vorliege.

Der Anteil derer, die die Voraussetzungen erfüllen, steige mit der Pflegestufe, so die MDK. Von den erheblich Pflegebedürftigen (Pflegestufe I) sind danach rund 25 Prozent anspruchsberechtigt, von den Schwerpflegebedürftigen (II) 37 Prozent und von den Schwerstpflegebedürftigen (III) rund 50 Prozent. Auch wer noch nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung erfülle, könne das Geld beantragen. Laut Statistik sind von dieser Gruppe 13 Prozent anspruchsberechtigt.

Mit den neuen Leistungen sollen nach MDK-Angaben in erster Linie pflegende Angehörige entlastet werden. Die Leistungen werden nicht in bar ausgezahlt. Versicherte können damit niedrigschwellige Angebote nutzen und mit der Pflegekasse abrechnen oder Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege bestreiten. (KNA – 21. November 2008)

### Sterben & Tod

#### Hospiz-Stiftung: Kassen verzögern bessere Palliativversorgung

Berlin (KNA) Die Krankenkassen verzögern nach Angaben der Deutschen Hospiz Stiftung die Umsetzung des seit April 2007 bestehenden Rechtsanspruchs auf spezialisierte ambulante Palliativversorgung. Schwerstkranke und Sterbende warteten immer noch auf die medizinische, pflegerische und psychosoziale Unterstützung, die ihnen laut Gesetz zustehe, erklärte Stiftungsvorstand Eugen Brysch in Berlin. Offenbar um Kosten zu sparen, zögerten die Kassen die Vertragsverhandlungen mit potenziellen Leistungserbringern hinaus. Das sei ein „Skandal erster Güte“. Brysch verwies darauf, eigentlich hätten 2007 rund 80 Millionen Euro für die spezialisierte ambulante Palliativversorgung ausgegeben werden sollen, für 2008 seien 130 Millionen veranschlagt. Tatsächlich beziffere das Gesundheitsministerium die Ausgaben auf bislang 1,2 Millionen Euro. (KNA – 19. November 2008)

#### Spatenstich für weltweit erstes Kinderpalliativzentrum

Datteln (KNA) In Datteln entsteht das weltweit erste Zentrum für die Schmerzbehandlung und Betreuung sterbender Kinder. „Dies ist ein Meilenstein für eine bessere Versorgung der wehrlosesten Menschen in unserer Gesellschaft“, sagte der nordrhein-westfälische Gesundheitsminister

Karl-Josef Laumann (CDU) beim ersten Spatenstich für das Kinderpalliativzentrum Datteln. Es müsse alles getan werden, um die Schmerzen schwerstkranker Kinder zu lindern, ihre Lebensqualität zu verbessern und die Eltern zu entlasten, so der Minister.

Das vom Land über die Stiftung Wohlfahrtspflege mit 1,6 Millionen Euro geförderte Zentrum umfasst die „Station Lichtblicke“ mit acht auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen zugeschnittenen Einbettzimmern sowie ein „Forum für Familie und Fortbildung“ mit Elternappartements und Räumen für die Fort- und Weiterbildung in der pädiatrischen Palliativversorgung. Geplant sind Trauerseminare, Geschwistergruppen und Kurse für Laienhelfer. Das Zentrum gehört zur Vestischen Kinder- und Jugendklinik Datteln in Trägerschaft der Caritas.

In Deutschland leben offiziellen Angaben zufolge laut Ministerium 22.000 Minderjährige mit unheilbaren Krankheiten, die zum Tod führen. 1.500 von ihnen sterben jedes Jahr, davon 550 an Krebs. Der Leidensweg erstreckt sich oft über Monate. (KNA – 12. Dezember 2008)

### Medien

#### ARD-Themenwoche 2009 zu bürgerschaftlichem Engagement

Saarbrücken (KNA) „Ist doch Ehrensache! Wie Menschen sich für die Gesellschaft engagieren“ lautet der Titel der ARD-Themenwoche 2009. Wie der Sendeverbund in Saarbrücken mitteilte, startet die Schwerpunktwoche mit einem bundesweiten Aktionstag am 9. Mai. Bis zum 16. Mai seien in allen ARD-Programmen zahlreiche Beiträge über bürgerschaftliches Engagement geplant. Die Themenwoche fand 2006 zum ersten Mal statt. Damals ging es um das Leben mit Krebs. Im vergangenen Jahr standen Chancen und Herausforderungen einer alternden Gesellschaft im Mittelpunkt. (KNA – 25. November 2008)

### Interreligiöser Dialog

#### Bistum macht 9. November zum kirchlichen Gedenktag

Rottenburg (KNA) Das Bistum Rottenburg-Stuttgart nimmt den 9. November von diesem Jahr an als kirchlichen Gedenktag in seinen liturgischen Kalender auf. Dies geschehe als „Zeichen unseres Gedenkens der Opfer der Schoah und unserer Verbundenheit mit unseren jüdischen Zeitgenossen“, erklärte Bischof Gebhard Fürst in Rottenburg. Anlass ist der 70. Jahrestag der Novemberpogrome von 1938. Man halte die Erinnerung an die Opfer der Schoah wach und ehre ihr Andenken, so Fürst. Nur so könne das entsetzliche Geschehen dazu führen, „dass wir wachsam sind und Konsequenzen für unser Verhalten heute ziehen“.

(KNA – 4. November 2008)

### Dialog-Gipfel: Bekenntnis zu Religionsfreiheit und gegen Gewalt

Rom (KNA) Mit einem Bekenntnis zu Religionsfreiheit und Minderheitenschutz sowie einer klaren Absage an Gewalt ist Anfang November das katholisch-islamische Forum in Rom zu Ende gegangen. In einer gemeinsamen Schlusserklärung bekräftigen die Teilnehmer die Menschenwürde jedes Einzelnen und die Gleichheit von Frau und Mann. Katholiken und Muslime müssten für Harmonie unter ihren Gläubigen und in der ganzen Welt eintreten und jede Unterdrückung, aggressive Gewalt und Terrorismus zurückweisen. Dies gelte erst recht, wenn sie im Namen der Religion begangen werde, heißt es in dem 15 Punkte umfassenden Text. Mit Nachdruck spricht sich das Forum auch für den Schutz des Lebens in allen seinen Stadien aus.

Zum Abschluss ihrer dreitägigen Beratungen kündigte die Konferenz zugleich die Errichtung eines ständigen katholisch-muslimischen Komitees an, das aktuelle Streitfragen überprüfen und ein zweites Treffen dieser Art vorbereiten soll. Dieses solle in zwei Jahren in einem mehrheitlich muslimischen Land stattfinden

„Wir bestätigen, dass keine Religion und ihre Anhänger aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden dürfen“, heißt es in der Erklärung. Katholiken und Muslime erkennen an, dass Gottes Schöpfung sich in einer Pluralität von Kulturen, Zivilisationen, Sprachen und Völkern äußere, die eine „Quelle des Reichtums darstellen und nie Ursache von Spannung und Konflikt werden dürfen“.

Zum Thema Religionsfreiheit heißt es: „Aufrichtige Nachbarschaftsliebe schließt den Respekt gegenüber der Person und ihrer oder seiner Entscheidung in Sachen der Gewissens- und Religionsfreiheit ein.“ Sie umfasse das Recht von Individuen und Gemeinschaften, ihre Religion privat und öffentlich zu praktizieren.

Religiöse Minderheiten müssten in ihrer Überzeugung und Praxis respektiert werden. Sie hätten Anspruch auf eigene Orte zur Gottesverehrung. Ihre Gründergestalten oder heiligen Symbole dürften nicht lächerlich gemacht werden. Katholiken und Muslime sollten ihren Glauben an eine transzendente Dimension des Lebens in der von Säkularismus und Materialismus geprägten Welt deutlich machen.

Die Teilnehmer sprechen sich in dem Dokument für ein ethisches Wirtschafts- und Finanzsystem aus, das auch den Armen und Benachteiligten Rechnung trägt. Es müsse auf einzelne Menschen wie auf verschuldete Nationen insgesamt Rücksicht nehmen. Die Kongressteilnehmer fordern, dass junge Menschen in ihren religiösen Traditionen erzogen werden, dass sie aber auch über die anderen Kulturen und Religionen Bescheid wissen sollten.

Das Forum geht auf einen offenen Brief von 138 islamischen Gelehrten vom Oktober 2007 an den Papst und andere Religionsführer zurück. Benedikt XVI. hatte einen Monat später durch seinen Kardinal-Staatssekretär Tarcisio Bertone geantwortet und die neue Dialog-Initiative ins Leben gerufen. Hintergrund des Briefwechsels war die Regensburger Rede des Papstes vom September 2006. Der Vortrag hatte einen mehrwöchigen weltweiten Disput ausgelöst. Muslime sahen durch ein historisches Zitat den Propheten Mohammed beleidigt.

*(KNA – 6. November 2008)*

### Vom Konzil zur katholisch-islamischen Konferenz

#### Das Verhältnis von Vatikan und Islam seit den 1960er Jahren

Anfang November hat im Vatikan eine dreitägige Expertentagung mit Vertretern des Islam begonnen. Das erste „katholisch-islamische Forum“ steht unter dem Thema „Gottesliebe - Nächstenliebe“. Das Treffen ist ein neuer Anlauf im Dialog der katholischen Kirche mit dem Islam. Die Katholische Nachrichten-Agentur (KNA) dokumentiert im Folgenden einige wichtige Stationen des Austauschs der vergangenen Jahrzehnte:

**1962 bis 1965:** Zweites Vatikanisches Konzil. Die katholische Kirche erkennt die Wichtigkeit der Verständigung unter den Religionen an.

**Mai 1964:** Der Vatikan gründet das „Sekretariat für die Nichtchristen“. Ab Juni 1988 wird es umbenannt in den "Päpstlichen Rat für den Interreligiösen Dialog". Dieser steht derzeit unter der Leitung des französischen Kardinals Jean-Louis Tauran.

**Oktober 1965:** Das Zweite Vatikanische Konzil verabschiedet die Erklärung „Nostra aetate“. In einer ihrer kürzesten und zugleich umstrittensten Erklärungen ruft die Kirchenversammlung die Katholiken zum Gespräch und zur Zusammenarbeit mit den anderen Religionen auf.

**August 1985:** Papst Johannes Paul II. besucht unter anderem das muslimisch geprägte Marokko. In einer viel beachteten Rede vor muslimischen Jugendlichen ruft er zu gegenseitigem Respekt und Toleranz auf.

**Oktober 1986:** In Assisi findet auf Initiative von Johannes Paul II. das erste interreligiöse Friedensgebet statt. Unter wechselnden Organisatoren folgen weitere Treffen an verschiedenen Orten.

**Mai 2001:** Erster öffentlicher Moscheebesuch eines Papstes durch Johannes Paul II. 2001 in der Omajjaden-Moschee in Damaskus.

**August 2005:** Bei seiner ersten Auslandsreise als Papst zum Weltjugendtag in Köln trifft Benedikt XVI. mit muslimischen Repräsentanten zusammen.

**September 2006:** Papst Benedikt XVI. hält an der Universität Regensburg eine Vorlesung über das Verhältnis von Religion und Gewalt. Der Vortrag löst einen mehrwöchigen weltweiten Disput aus. Muslime sehen durch ein historisches Zitat den Propheten Mohammed beleidigt. Der Vatikan startet umfassende Krisendiplomatie und eine Dialog-Offensive mit dem Islam.

**28. November bis 1. Dezember 2006:** Benedikt XVI. reist in die Türkei. Weltweite Beachtung finden vor allem die Gespräche mit Politikern und Muslim-Vertretern sowie seine Versöhnungsgesten gegenüber dem Islam. Beobachter werten die Reise einhellig als Erfolg.

**Oktober 2007:** 138 muslimische Theologen aus aller Welt wenden sich in einem Brief an Benedikt XVI., den Ökumenischen Patriarchen Bartholomaios I. und den anglikanischen Primas Rowan Williams. Sie mahnen einen Dialog der Religionen an. In dem Schreiben heißt es, die „gemeinsame Zukunft der Menschheit, ja möglicherweise das Überleben der Welt“ stünden auf dem

Spiel, wenn Muslime und Christen nicht friedlich zusammen lebten. Es folgt ein Briefwechsel zwischen dem Vatikan und den Islamgelehrten.

**4. bis 6. November 2008:** Im Vatikan findet eine Expertentagung mit Vertretern des Islam statt. Das erste „katholisch-islamische Forum“ steht unter dem Thema „Gottesliebe – Nächstenliebe“.

(KNA)

### Stichwort: Vatikan und Islam

Der Heilige Stuhl unterhält mit 37 überwiegend islamisch geprägten Staaten und Organisationen volle diplomatische Beziehungen. Die frühesten gehen auf die Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg zurück. 1947 nahm der Libanon mit seinem vergleichsweise hohen Christen-Anteil diplomatische Beziehungen mit dem Vatikan auf, im selben Jahr auch Ägypten.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts folgten nach und nach alle nordafrikanischen Staaten sowie die meisten islamisch dominierten Länder Asiens. In den 90er Jahren kamen die zentralasiatischen Republiken hinzu, die nach dem Ende der Sowjetunion selbstständig wurden. Um die Jahrtausendwende folgten Libyen, Jemen, Dschibuti und Bahrain; 2007 als bislang letztes Land die Vereinigten Arabischen Emirate. Mit Saudi-Arabien bestehen weiterhin keine diplomatischen Beziehungen.

Neben der klassischen diplomatischen Ebene spielt bei den vatikanisch-islamischen Beziehungen der „Päpstliche Rat für den Interreligiösen Dialog“ eine wichtige Rolle. Er wurde 1964 als „Sekretariat für die Nichtchristen“ gegründet und erhielt 1988 seine heutige Bezeichnung. Seit 2007 wird dieser Rat von dem französischen Kardinal Jean-Louis Tauran geleitet. Der Rat trifft sich regelmäßig mit Spitzenvertretern anderer Religionen, darunter auch islamischen Geistlichen, und übermittelt Grußworte zu wichtigen Feiertagen. Ihm angegliedert gibt es seit 1974 eine eigene „Kommission für die religiösen Beziehungen mit den Muslimen“.

Auf religiöser und politischer Ebene wurden die Beziehungen vor allem unter Papst Johannes Paul II. (1978-2005) fortentwickelt. Höhepunkte waren die Papstpredigt vor muslimischen Jugendlichen in Casablanca (1985), das interreligiöse Friedenstag von Assisi (1986), an dem auch zahlreiche islamische Würdenträger teilnahmen, sowie der Besuch des Papstes in der Omajjaden-Moschee von Damaskus (2001).

Sein Nachfolger Benedikt XVI. führt diesen Dialog mit dem Islam fort. Bei seinem ersten Auslandsbesuch als Papst beim Weltjugendtag in Köln traf er muslimische Repräsentanten. Für eine weltweite Diskussion sorgte 2006 seine Vorlesung an der Universität Regensburg. Muslime sahen durch ein historisches Zitat den Propheten Mohammed beleidigt. Mit einer umfassenden Krisendiplomatie, einer Dialog-Offensive und einer Papstreise in die Türkei Ende 2006 glättete der Vatikan die Wogen. (KNA)